

## ANTRAG

An Herrn  
Oberbürgermeister  
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München



31.03.2021

### Circular Economy 1

#### Next Step auf dem Weg zur klimaneutralen Stadtverwaltung – Circular Economy als verbindlicher Standard

Das Referat für Klima- und Umweltschutz wird beauftragt, die Münchner Stadtverwaltung hinsichtlich des Klima- und Umweltschutzes auf eine neue Ebene zu heben, indem verbindlich einzuhaltende Standards der Circular Economy definiert und in die seit 2019 bestehenden Klimastandards für die Stadtverwaltung sowie die Tochter- und Beteiligungsgesellschaften aufgenommen werden. Zudem wird für alle Gebäude im Einflussbereich der Landeshauptstadt ein Materialausweis eingeführt.

Die Landeshauptstadt und Ihre Beteiligungsgesellschaften verpflichten sich, in Zukunft nur noch nach den neu definierten Richtlinien und Standards zu bauen.

### Begründung

Mit dem Grundsatzbeschluss zur „Klimaneutralen Stadtverwaltung 2030 in der Vollversammlung vom 18.12.2019 hat der Stadtrat bereits einen hohen Standard bzw. zahlreiche Regelungen gesetzt, um bis 2030 das Ziel der klimaneutralen Stadtverwaltung zu erreichen (u.a. Niedrigstenergiestandard, PV-Pflicht, Fassadenbegrünung).

In diese verpflichtenden Klimastandards für die Stadtverwaltung ist auch ein Konzept zur Circular Economy aufzunehmen. Circular Economy bedeutet Kreislaufwirtschaft. In vielen Bereichen wird sie schon mitgedacht, jedoch oft nicht konsequent und verpflichtet umgesetzt. Ziel ist es, so zu wirtschaften, dass keine Abfälle entstehen und Ressourcen wieder und wieder verwendet werden. Dieses Ziel kann helfen, Ressourcen zu schonen und den Klimawandel abzumildern.

Einen besonders großen Einfluss auf den Schutz von Ressourcen und Klima hat der Bausektor. Deshalb ist es nötig, ab sofort bei allen städtischen Gebäuden im Sinne der Kreislaufwirtschaft zu denken. Auf Basis des nachhaltigsten Gebäudes, das derzeit möglich ist, sind Planungen für Sanierungsmaßnahmen und Neubauten aufzusetzen. Hierfür legt sich die Stadt eine Selbstverpflichtung auf. Auch wenn die dafür einzusetzenden Finanzmittel zunächst höher sein mögen, werden sie sich über den Nutzungszeitraum des Gebäudes und darüber hinaus auszahlen. Der Materialeinsatz ist auf ein absolutes Minimum zu reduzieren und auf die Verwendung nachhaltiger und wiederverwendbarer Baustoffe zu achten. Bei deren

Herstellungsprozessen werden vorrangig erneuerbare Energien eingesetzt. Modulare/ flexible Bauweisen sind umzusetzen. Gegebenenfalls lässt sich ein Kriteriensteckbrief, bezogen auf den Rückbau von Neubauten entwickeln, der immer auf die Frage fokussiert, wie leicht ein Gebäude demontierbar ist.

Regionale und lokale Baustoffe erhalten den Vorzug vor Produkten, die international beschafft werden müssten. So ist zum Beispiel an regional abgebauten Kies zu denken, statt jener, der lange Wege bis zum Einsatzort zurücklegen muss. Zudem werden bei lokal und regional abgebautem Kies hohe Ansprüche an die Renaturierung der Flächen angelegt.

Unternehmen sollte durch speziell ausgewiesene, neue Gewerbegebiete die Möglichkeit gegeben werden, sich in industriellen Zentren anzusiedeln, um Synergien zu schaffen. Abfälle, Nebenprodukte, Abwärme oder Abwasser, die von einem Unternehmen erzeugt werden, können von einem anderen Unternehmen verwendet werden. Dadurch erscheinen Rohstoffkosten für ein Unternehmen und Entsorgungskosten für das andere Unternehmen deutlich reduzierbar.

Beim Rückbau von Gebäuden wird darauf geachtet, dass alle verwendeten Materialien nahezu vollständig in ein Rohstofflager überführt werden können, aus dem sich neue Gebäude speisen. Um das möglich zu machen, ist bereits bei der Herstellung des Gebäudes darauf zu achten, dass mit Steckverbindungen statt Verbundwerkstoffen und Klebeverbindungen gearbeitet wird, die eine sortenreine Trennung der Materialien voneinander deutlich erschweren. Die Verträglichkeit von unterschiedlichen Baustoffen und Bauteilen muss bereits in der Planung berücksichtigt werden. Isolierglas kann beispielsweise direkt auf Stahlkonstruktionen aufgebracht werden, so dass auf Fensterrahmen verzichtet werden kann. Eingebaute Lamellen dienen dem Luftaustausch. Ein Materialausweis soll dabei helfen, für kommende Generationen zu dokumentieren, was wo verbaut ist und somit eine Wiederverwertung zu vereinfachen. Sekundärrohstoffe sollten zudem eine größere Chance bekommen. Beim Rückbau von Gebäuden ist darauf zu achten, was ggf. weiterhin Bestand für Neubauten haben kann.

Die Gebäude- und Lüftungstechnik ist ebenfalls nachhaltig anzulegen. Vor allem in sehr großen Gebäuden sind Rechenzentralen einzubauen, die mit unterschiedlichen Sensoren in Echtzeit Daten aus sämtlichen Räumen und Außenbereichen sammeln, evaluieren und gegebenenfalls Reaktionen der Haustechnik in die Wege leiten.

Auf Wasserströme ist zu achten. Sie sollten sorgfältig aufgeteilt werden in Regenwasser, Trinkwasser, Grau- und Schwarzwasser. Auf mit Pflanzen bedeckten Dächern wird das Regenwasser für die Bewässerung z.B. einer grünen Wand und der Toilettenspülung gesammelt.

Die Vorteile einer zirkulär wirtschaftenden Stadt/ Region liegen auf der Hand. Zum einen begegnet die Kreislaufwirtschaft der voranschreitenden Ressourcenverknappung, zum anderen nützt sie dem Klimaschutz in bedeutendem Maße. Letztlich hat die gesamte Stadtgesellschaft etwas davon. Sie lebt sauberer und damit gesünder und vielleicht auch wohlhabender als andere Gesellschaften, die sich noch nicht in einem solchen System wiederfinden.

**Manuel Pretzl (Initiative)**

Fraktionsvorsitzender

**Sebastian Schall**

Stadtrat

**Alexandra Gaßmann**

Stadträtin

**Matthias Stadler**

Stadtrat

**Winfried Kaum**

Stadtrat